

# Die Liberalen. LDP

## Kantons- und Stadtentwicklung: Handlungsbedarf und Forderungen

Im Präsidialdepartement ist neu die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung geschaffen worden. Es ist wichtig, dass die in nächster Zeit erfolgende Definition der Aufgaben dieser neuen Dienststelle die wirklich bedeutenden Themen der näheren und insbesondere weiteren Zukunft auch erfasst. Die LDP will in diesem Papier Schwerpunkte bezeichnen, welche zwingend in die anstehenden Planungsarbeiten aufgenommen werden müssen. Zudem wollen die Liberalen Vorschläge unterbreiten, wie konkret vorgegangen werden könnte.

Die Liberalen verzichten bewusst darauf, eine Flut von politischen Vorstössen mit den erwähnten Forderungen zu formulieren und damit die Verwaltung zu beschäftigen. Die LDP geht davon aus, dass die zuständigen Verantwortlichen im Präsidialdepartement diese Forderungen offenen Geistes entgegennehmen und in ihre Arbeiten einbeziehen werden. Auch erwarten die Liberalen eine Stellungnahme zu diesen wichtigen Themenbereichen, die zwingend in die Planungsarbeiten aufgenommen werden müssen. Es wäre zu einem späteren Zeitpunkt immer noch möglich, mit parlamentarischen Instrumenten oder mit Volksinitiativen den einen oder anderen wichtigen Bereich auf die politische Traktandenliste zu setzen, sollte keine Reaktion der Zuständigen erfolgen.

### Ausgangslage zwingt zum Handeln

Von verschiedenen Instituten wird für den Kanton Basel-Stadt ein weiterer deutlicher Bevölkerungs-Rückgang prognostiziert. Wenn diese Vorhersagen so eintreffen sollten, wären wichtige Leistungen des Kantons für seine Bevölkerung und an die Region in Bestand und Qualität gefährdet. Die Existenz eines selbständigen Kantons Basel-Stadt, der den Bewohnerinnen und Bewohnern und der Region hervorragende Dienstleistungen zur Verfügung stellt, wäre gefährdet, wenn die Bevölkerungszahl um eine zweistellige Prozentzahl abnehmen würde.

Die zu enge Systemgrenze ist ursächlich. Stadtflüchtige in Zürich oder Bern sind in den meisten Fällen noch Bestandteil des Systems «Kanton» und tragen so in gewissem Ausmass immer noch einen Teil der Lasten der Stadt. Dies ist in Basel-Stadt bekanntlich anders. Der Nachbarkanton Basel-Landschaft wird weiter wachsen. Es besteht die Gefahr, dass das bekannte Phänomen, dass Zentrumslasten vom Partnerkanton nicht entsprechend dem Wachstum der eigenen Bevölkerung mitgetragen werden, auch in Zukunft feststellbar sein wird. Die Verschiebung von Steuereinnahmen von Basel-Stadt zum Kanton Basel-Landschaft führte in der Vergangenheit nicht dazu, dass entsprechend dem Anwachsen der Steuereinnahmen auch die Beiträge des Nachbarkantons an die Zentrumsleistungen ansteigen. Dies dürfte sich auch in Zukunft nicht ändern.

Gehen die Steuereinnahmen im Kanton Basel-Stadt infolge der schrumpfenden Bevölkerungszahl weiter zurück – es ist bekannt, dass in höherem Ausmass besser Verdienende den Kanton verlassen als Nettobezüger von staatlichen Unterstützungsleistungen –, wird sich Basel-Stadt vieles nicht mehr leisten können. Negativ betroffen ist dann nicht nur die Bevölkerung in Basel, Riehen und Bettingen, sondern auch diejenige in ausserkantonalen oder ausländischen Gemeinwesen, die gewisse Zent-

rumsleistungen des Stadtkantons konsumiert. Insgesamt wird die Region verlieren, wobei die schwerste Betroffenheit im Stadtkanton anfallen wird.

Diese drohende Gefahr ist bisher weder von der Regierung erkennbar wahrgenommen worden, noch hat sich das Parlament damit auseinandergesetzt. Auch eine breite Diskussion in der Gesellschaft oder in den Medien hat erstaunlicherweise noch nicht stattgefunden. Die Liberalen wollen diese Bedrohungslage thematisieren, die Bevölkerungsprognose und taugliche Abwehrmassnahmen müssen auf die Traktandenliste der Politik gesetzt werden. Da Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidentialdepartement bearbeitet werden soll, muss das Phänomen Bevölkerungsrückgang gerade von dieser Behörde prioritär angegangen werden.

### **Nicht an der Kantonsgrenze haltmachen**

Parallel zu diesem wichtigen Thema müssen auch die Grundlagen erarbeitet werden, welche es unserem Kanton erlauben, die Frage des Zusammenschlusses mit anderen Kantonen zu prüfen. Mit Studien soll gezeigt werden, wie die einzelne Einwohnerin und der einzelne Einwohner von Basel-Stadt betroffen wäre, wenn es z.B. einen Kanton Nordwestschweiz mit Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Basel-Stadt gäbe. Was hätte das für Auswirkungen auf die Steuerbelastung, die Krankenkassen-Prämie, die Mieten etc.? Auf der Basis einer solchen Studie könnte vorerst die Diskussion in unserem Kanton geführt werden. In weiteren Schritten müssten die Vorteile für die potenziellen Partner gezeigt werden und Gefässe geschaffen werden, um mit diesen diese wichtige politische Thema der weiteren Zukunft zu diskutieren. Wir stellen heute fest, dass es mehr Gremien gibt, welche sich mit der Zusammenarbeit von Gemeinwesen über Landesgrenzen hinweg beschäftigen als solche, die das Ziel haben, das sektorielle oder vollständige Zusammengehen von Schweizer Kantonen in der Nordwestecke des Landes zu prüfen.

Der geschilderte Handlungsbedarf führt die LDP dazu, dem Präsidentialdepartement, Bereich Kantons- und Stadtentwicklung, zuhänden des Regierungsrats die folgenden Handlungsfelder aufzuzeigen und dazu konkrete Forderungen zu übermitteln. Die Forderungen nach aktivem Engagement des Kantons haben alle direkt oder indirekt zum Ziel, diese negative Entwicklung zu stoppen oder gar umzukehren.

### **Engere Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen**

Eine Alternative zur anzustrebenden Erhöhung der Bevölkerungszahl in Basel-Stadt, die parallel zu nachfolgend aufgeführten standortstärkenden Massnahmen zu verfolgen ist, besteht im Prüfen weiterer Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit der Kantone AG, SO, BL und BS. Das Spektrum der Szenarien, gemeinsame Institutionen zu schaffen, soll weit gefasst sein, vom Gesundheitswesen über die Bildung, die Wirtschaftsförderung, die Kultur, die Steuerpolitik etc. bis zur Fusion der Kantone zu einem Kanton Nordwestschweiz.

Alle relevanten Facts sollen in Studien ermittelt werden, um der basel-städtischen Bevölkerung zu zeigen, was die Stärkung der Gemeinsamkeiten für den Einzelnen oder die Einzelne bedeuten würde. In weiteren Schritten müssen auch die Regierungen der Partnerkantone für die Prüfung eines engeren Zusammengehens gewonnen werden. Der Profit für die einzelne Bewohnerin und den einzelnen Bewohner der

Nordwestschweiz muss aufgezeigt werden können. Vom Bund soll gefordert werden, dass er die angestrebte Nutzung von Synergien unterstützt, da dies auch im Interesse der Eidgenossenschaft ist.

Konkrete Forderungen:

- Erstellen einer Studie, die aufzeigt, welche Vorteile ein engeres Zusammengehen der vier Nordwestschweizer Kantone BL, AG; SO und BS für die Bevölkerung in Basel-Stadt und den übrigen Kantone hätte. Die Vorteile eines Kantons Nordwestschweiz hinsichtlich Steuern, Krankenkassenprämien, Bildungsqualität, Mieten usw. müssen aufgezeigt werden können.
- Schaffen eines Gremiums mit Vertretungen der Kantone BL, AG; SO und BS, das den Auftrag erhält, mindestens eine engere Zusammenarbeit in wichtigen staatlichen Aufgabenbereichen, max. die Fusion der vier Kantone anzustreben.

### **Masterplan Wohnen in Basel, Riehen und Bettingen**

Will man den Wegzug von Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen kompensieren, müssen Personen aus dem gleichen Segment von auswärts in den Kanton zuziehen. Dies bedingt die Verfügbarkeit von Wohnraum entsprechend den Ansprüchen dieses Zielpublikums.

Das heutige Angebot ist ungenügend. Es braucht eine Planung für Basel, Riehen und Bettingen, die für die nächsten zwei Jahrzehnte aufzeigt, wo welche Wohnungen oder Häuser neu zur Verfügung gestellt werden können.

Der Mangel betrifft auch grosse Wohnungen für Familien. Heute werden mehr oder weniger zufällig Areale neu überbaut; eine umfassende Gesamtplanung fehlt. Mutige Schritte, wie zum Beispiel die Nutzung von Arealen, auf welchen heute an bester Wohnlage Familiengärten sind, oder das Aufnehmen der Idee, gemeinsam mit Basel-Landschaft, Deutschland und Frankreich über einen grossen, leistungsfähigen neuen Rheinhafen mit Wasseranschluss an den Euroairport und Schienenanschluss nachzudenken, sind bisher nicht auszumachen. Auch wird nicht versucht, das Wissen und die Erfahrung der lokalen Bauplanungsbranche, die ein überdurchschnittliches Qualitätsniveau aufweist, für die Gestaltung dieses Prozesses zu gewinnen.

Wenn wir klar und verbindlich kommunizieren können, wann im Kanton wo welches zusätzliche Wohnungsangebot verfügbar sein wird, dürften Marketingmassnahmen mit Aussicht auf Erfolg lanciert werden können. Das Produkt «Wohnen in Basel» ist qualitativ entwicklungsbedürftig.

Konkrete Forderungen:

- Erstellen eines Masterplans «Wohnen» für Basel, Riehen und Bettingen, der aufzeigt, wo in welcher Zeitspanne welche Wohnungen zusätzlich erstellt werden können.
- Erstellen der Detailplanung zur Schaffung von Wohnraum für gehobene Ansprüche.
- Betreiben eines aktiven Wohnortmarketings Basel, Riehen und Bettingen für besonders interessante Zielgruppen von Zuziehenden mit besserer Kommunikation des Wohnungsangebots.

## **Überprüfung der Konkurrenzfähigkeit im Bereich der Steuern**

Es ist – trotz der Revision des Steuergesetzes – eine Tatsache, dass andere Gemeinwesen für gewisse Kategorien von Steuerzahlenden attraktiver sind. Die erfolgte Steuergesetzrevision bevorzugt in stärkerem Masse tiefere Einkommen als den oberen Mittelstand und hohe Einkommen. Unsere Vermögenssteuer hat nach wie vor den Charakter einer «Reichtumssteuer» und ist klar ein Zuwanderungs-Hindernis für Vermögende. Die Unternehmenssteuern sind in anderen Kantonen wesentlich tiefer, auch in auch Basel- Landschaft.

Eine permanente Überprüfung der Konkurrenzfähigkeit ist unerlässlich. Die Regierung sollte klare Termine für die Überprüfung nennen und Anpassungsbereitschaft signalisieren.

### Konkrete Forderungen:

- Beschaffung statistischer Angaben der Zu- und Wegziehenden betr. Steuerkraft, Ermittlung des Saldos der Steuern zu- und wegziehender natürlicher Personen.
- Planung der Steuerpolitik im Kanton für die nächsten zehn Jahre mit Aussagen über geplante Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen.
- Konkrete Planungsschritte zur Senkung der Unternehmenssteuern.
- Erstellen einer Studie über den Zusammenhang zwischen Ausgestaltung der Vermögenssteuer und Bereitschaft von Auswärtigen, im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz zu nehmen.
- Erhalt des Status von Riehen und Bettingen als relativ steuergünstige Gemeinden.

## **Wirtschafts-Bestandspflege und Ansiedlung neuer Unternehmen (Wirtschaftsförderung)**

Basel-Stadt verfügt über einen guten Mix von Industrie-, Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben. Es muss dafür gesorgt werden, dass die so zusammengesetzte Wirtschaft auch in Zukunft in unserem Kanton konkurrenzfähige Bedingungen antreffen kann.

Wenn von der Wirtschaft belegte Areale für andere Nutzungen vorgesehen sind, so ist Ersatz anzubieten. Die Regierung ist aufgefordert, regelmässig Gespräche mit grösseren und – auf deren Wunsch – auch mit kleineren Firmen zu führen und auch die Wirtschaftsverbände regelmässig anzuhören. Die Regierung muss dazu Benchmarks beachten und – falls nötig – Vergleiche mit anderen Gemeinwesen auch selbst herstellen lassen. Auch Umfragen können die notwendigen Erkenntnisse liefern, wo welche Verbesserungen für die lokale Wirtschaft angegangen werden müssen.

Es ist permanent zu überprüfen, ob die Bedingungen, welche der Kanton Basel-Stadt der Wirtschaft bietet, im internationalen Standort-Wettbewerb mithalten können. Es muss auch hinterfragt werden, ob die finanziellen Mittel für die Wirtschafts- und Innovationsberatung beider Basel genügen, um die Zielsetzung, neue Unternehmen für den Zuzug zu gewinnen, erreichen zu können.

Konkrete Forderungen:

- Ausbau der Wirtschaftsförderung beider Basel mit dem Ziel, die Schaffung neuer Cluster zu prüfen und vorzubereiten.
- Institutionalisierung von periodischen Gesprächen mit Firmen und Verbänden.

**Bildung – Ausbruch aus der Defensive:**

Die Entwicklung des Bereiches Bildung muss so erfolgen, dass die heute im Bereich der Volksschule und der weiterführenden Schulen eher defensive Position endlich verlassen werden kann. Die Harmonisierungsbestrebungen sind dazu zu nutzen. Die Regierung muss einen Gesamtüberblick der Revisionsvorhaben für die breite Bevölkerung ermöglichen. Dabei muss versucht werden, Individualinteressen zurück zu binden.

Die Reform darf nicht an den Kosten scheitern; unsere multikulturelle Gesellschaft bedingt einen grösseren Bildungsaufwand als homogenere Bevölkerungen anderer Gemeinwesen. Die Angebote an Tagesstrukturen, welche u.a. auch die Wirtschaft verlangt, führen auch zu Mehrausgaben.

Die Stellung der Lehrerinnen und Lehrer in der Gesellschaft muss gestärkt werden. Den Lehrerinnen und Lehrern sind genügend Ressourcen und auch Instrumente zur Verfügung zu stellen, um auch mit schwierigen Schülerinnen und Schülern umgehen zu können.

Die Berufslehre muss einer weiterführenden Schulbildung gleichwertig sein. Es muss partnerschaftlich mit der Wirtschaft dafür gesorgt werden, dass ein genügendes Angebot an Lehrstellen und Attestlehrstellen zur Verfügung steht.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz und die Universität Basel sollen qualitativ und quantitativ ausgebaut werden können. Dazu braucht es mehr Geld. Wenn diese Institutionen national und international zu den besten gehören, so führt dies zu einem Return on Investment. Die Zusammenarbeit mit der forschenden Industrie soll verstärkt werden, das Model «Industry on Campus» soll rasch umgesetzt werden können.

Die notwendigen Infrastrukturen für die Hochschulen sind rasch zur Verfügung zu stellen. Die Globalbudgets sind deutlich zu erhöhen. Die Hochschulen müssen Magnetwirkung ausüben können, d.h. durch ihre Qualität und ihr Image junge Leute anziehen, die dann im Kanton Wohnsitz nehmen. Zusätzliche Studierende bilden eine Art «Ersatzbevölkerung» auch wenn sie «nur» unter der Woche da sind. Dies ist volkswirtschaftlich interessant.

Für die Weiterentwicklung unseres Kantons – auch in wirtschaftlicher Hinsicht - sind erstklassige Bildungsangebote von grösster Bedeutung.

Konkrete Forderungen:

- Bekunden der Bereitschaft, die Budgets für Schulen, Berufsausbildung, Fachhochschulen und Universität zu erhöhen mit dem Ziel, die Qualität zu steigern und damit einen Standortvorteil zu generieren sowie junge Leute aus der übrigen Schweiz und dem Ausland zu gewinnen, ihr Studium in Basel zu absolvieren.
- Sicherstellen einer ausreichenden Anzahl von Lehrstellen und Attestlehrstellen für Schulabgängerinnen und Schulabgänger unter dem Motto «Kein Abschluss ohne Anschluss».

### **Basel muss für Kinder und Jugendliche die attraktivste Stadt werden**

Familien mit kleinen oder grösseren Kindern sind ein wichtiges Segment unserer Bevölkerung in Basel, Riehen und Bettingen. Wenn es gelingt, durch abgestimmte Massnahmen die attraktivste Stadt für die jüngeren Generationen zu werden, so ist dies in mehrfacher Hinsicht nützlich. Nicht nur kann dadurch die Abwanderung gestoppt werden, es muss auch gelingen, Zuzüge zu bewirken.

Attraktive Angebote im Bereich der Tagesbetreuung liegen bereits vor. Der Ausbau hin zu Schulen mit Tagesstrukturen läuft. Neben der Erstellung von grossen Wohnungen für Familien muss aber auch die Gestaltung des Wohnumfeldes verbessert werden. Unser Kanton weist noch erhebliches Verbesserungspotenzial auf im Bereich der Kinderfreundlichkeit und von Angeboten für Jugendliche.

Es braucht Gesamtplanungen für Kinderspielplätze, eine Erweiterung des Freizeitangebotes für Jugendliche, Betreuungsmöglichkeiten für grössere Kinder während der Ferien und eine engere Zusammenarbeit mit privaten Angeboten, welche für dieses Zielpublikum interessant sind. Die Zusammenarbeit mit Hauseigentümerschaften, z.B. zur Förderung der kinderfreundlichen Gestaltung von Gärten oder Hinterhöfen soll gesucht werden. Spiel- und Begegnungsstrassen sollen vermehrt und nach einfachen und raschen Antragsverfahren der Quartierbevölkerung zusätzlich geschaffen werden. Neben der Erweiterung der Angebote soll auch die Kommunikation zentral geregelt werden; im Bring-System muss die Information zu den Familien gelangen.

Konkrete Forderungen:

- Erstellen eines Masterplans zur Erhöhung der Kinderfreundlichkeit im Kanton unter Beizug der Landgemeinden und in Zusammenarbeit mit weiteren Interessierten wie Kinderbüro, Wohngenossenschaften usw.
- Ausarbeiten einer Studie zur Ermittlung der von Jugendlichen gewünschten Betätigungsmöglichkeiten in der Freizeit unter Mitwirkung jugendlicher und privater Anbieter von Freizeitangeboten.

### **Freizeitangebote für Junge, nicht mehr so Junge and Ältere**

Nicht nur von jüngeren Baslerinnen und Baslern ist oft zu hören, die Freizeitangebote seien in Basel nicht so vielfältig wie in anderen Städten. Es muss deshalb untersucht werden, wo andere Städte den Freizeitbedürfnissen der jüngeren und der älteren Generation besser entsprechen können.

Die bestehenden Angebote des Kantons oder der Gemeinden werden deutlich wahrnehmbar kommuniziert. Dies gilt für die Vielzahl höchst unterschiedlicher privater Freizeitangebote nicht. Dem Staat könnte hier eine koordinierende Funktion zukommen. In Zusammenarbeit mit Privaten könnte nach besseren Bekanntmachungsmöglichkeiten gesucht werden.

Zur Schliessung erkannter Angebotslücken muss der Dialog mit potenziellen Anbietern gesucht werden. Die Resultate von Marktabklärungen, welche der Kanton durchführen lassen könnte, würde Private leichter die Möglichkeiten geben, der jeweiligen Nachfrage ein Angebot gegenüber zu stellen.

Diese Bemühungen würden nicht nur einen volkswirtschaftlichen Gewinn erbringen, indem das Geld hier ausgegeben würde, sondern hätten auch positive Auswirkungen auf das Image der Stadt.

Konkrete Forderung:

- Erstellen einer Studie über die Bedürfnisse von jüngeren und älteren Erwachsenen in Sachen Freizeitgestaltung.

### **Verbesserung der Infrastruktur zugunsten von Menschen mit einer Behinderung**

Die Infrastruktur im Kanton Basel-Stadt ist nicht wünschbaren Mass behindertenfreundlich. Trottoirabschrägungen – um ein Beispiel zu nennen – sind nicht konsequent und nicht für alle Arten von Rollstühlen passend gebaut worden. Diese und andere Lücken gilt es zu schliessen.

Die Forderungen, welche allgemein bekannt sind, sollten dort, wo der Kanton selbst entscheiden kann, im Rahmen eines gemeinsam mit entsprechenden Organisationen zu erstellenden Gesamtkonzeptes rasch umgesetzt werden. Es gilt auch, die Menschen mit Behinderungen zu informieren, welche Institutionen behindertenfreundlich ausgestaltet sind. Die Kommunikation der vorhandenen Angebote bzw. Infrastruktur muss gewährleistet sein. Direkt Betroffene sind in Meinungsbildungs-, Planungs- und Realisierungs-Prozesse einzubeziehen.

Konkrete Forderungen:

- Erstellen eines Massnahmenkatalogs zur Erhöhung der «Behindertenfreundlichkeit» der Infrastrukturen und Angebote unter Mitwirkung von Menschen mit einer Behinderung und deren Organisationen.
- Raschere Realisierung von baulichen Massnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit von Gebäuden und zur Erhöhung der Mobilität von Menschen mit einer Behinderung.
- Ausarbeiten eines entsprechenden Stadtplanes für Behinderte

Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt

Basel, im Februar 2009